

EINGEGANGEN
 17. Nov. 2016
 Registratur GS EDI

**DEPARTEMENT
GESUNDHEIT UND SOZIALES**

Vorsteherin

Susanne Hochuli
 Landammann
 Bachstrasse 15, 5001 Aarau
 Telefon zentral 062 835 29 02
 Fax 062 835 29 09
 susanne.hochuli@ag.ch
 www.ag.ch/dgs

Eidgenössisches Departement des
 Innern EDI
 3003 Bern

16. November 2016

**Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen;
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. September 2016 wurde der Regierungsrat zur Stellungnahme der Änderung der Verordnung über die Prämienregionen eingeladen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Im Kanton Aargau gibt es bereits bisher nur eine Prämienregion und dies soll mit der vorgeschlagenen Änderung auch so bleiben. Die Änderung der Verordnung betrifft den Kanton Aargau deshalb nicht und es besteht zurzeit auch kein Bedarf für eine Unterteilung des Kantons Aargau in verschiedene Prämienregionen. Auf eine Vernehmlassung verzichten wir deshalb.

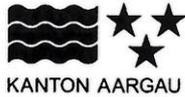
Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Susanne Hochuli
 Landammann

AmnL	GP	BW	OeG	VS	R	DM
DS	Bundesamt für Gesundheit					NPP
NP						MT
SpD	17. Nov. 2016 <i>sm. 0001 - 80/3</i>					BioM
KOM						AS/Cher
Kamp						LMS
Int						Str
RM						Chem
P+O						I+S



REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Gesundheit
Schwarzenburgstrasse 157
3030 Bern

11. Januar 2017

Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. September 2016 wurde der Regierungsrat des Kantons Aargau zur Stellungnahme über die Änderung der Verordnung über die Prämienregionen eingeladen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Im Kanton Aargau gibt es bereits bisher nur eine Prämienregion und dies soll mit der vorgeschlagenen Änderung auch so bleiben. Die Änderung der Verordnung betrifft unseren Kanton deshalb nicht und es besteht zurzeit auch kein Bedarf für eine Unterteilung des Kantons Aargau in verschiedene Prämienregionen. Aus diesem Grund verzichten wir auf eine Vernehmlassung.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 25
Telefax +41 71 788 93 39
regina.doerig@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Gesundheit
Direktionsbereich Kranken- und
Unfallversicherung
Abteilung Versicherungsaufsicht
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern

Appenzell, 4. Januar 2017

Änderung der Verordnung über die Prämienregionen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

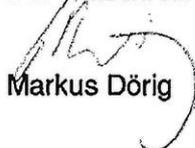
Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 26. September 2016, mit welchem Sie um Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über die Prämienregionen ersuchen.

Die in der unterbreiteten Vernehmlassungsvorlage geplanten Kriterien zur Festlegung der Prämienregionen und Definition der maximalen Prämienunterschiede zwischen den Regionen sind an sich stimmig und nachvollziehbar. Ein Schwachpunkt der geplanten Verordnungsänderung ist jedoch die neue Einteilung der Prämienregionen in Bezirke, anstelle von Gemeinden. Kantone, die keine Bezirke kennen (z.B. Genf), werden automatisch nicht in verschiedene Prämienregionen aufgeteilt, auch wenn ansonsten alle Voraussetzungen für die Aufteilung in Prämienregionen erfüllt wären. In diesen Kantonen kommt also - lediglich aufgrund des Fehlens von Bezirken - die volle innerkantonale Prämiensolidarität zum Tragen. Dies ist eine Ungleichbehandlung von Kantonen mit Bezirken und solchen ohne, welche sachlich nicht gerechtfertigt ist.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch
- Gesundheits- und Sozialdepartement, Sekretariat, Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Per E-Mail

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
dm@bag.admin.ch

Dr. Matthias Weishaupt
Landammann
Tel. +41 71 353 68 50
matthias.weishaupt@ar.ch

Herisau, 13. Januar 2017

**Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen;
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. September 2016 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung der "Verordnung des EDI über die Prämienregionen vom 25. November 2015" (SR 831.106) Stellung zu nehmen. Dafür bedanken wir uns. Im Auftrag des Regierungsrates unterbreiten wir Ihnen nachfolgend unsere Anmerkungen:

Der Kanton Appenzel Ausserrhoden verfügt sowohl nach der aktuell gültigen wie auch nach der überarbeiteten Verordnung lediglich über eine Prämienregion. Wir weisen darauf hin, dass der Kanton seit 1996 nur in Gemeinden unterteilt ist und keine Bezirke mehr bestehen.

Die Definition der Prämienregionen anhand von Bezirken an Stelle der bisher verwendeten Gemeinden erachten wir nicht als sinnvoll. Die bisher verwendete Einteilung führte zu einer grösseren Kostenhomogenität, was höher zu gewichten ist als die in Ziffer 2.1 des Kommentars zu den vorgesehenen Änderungen vom September 2016 aufgeführten Gründe, welche Anlass für die Wahl des Bezirks als kleinste geografische Einheit einer Prämienregion sein sollen.

Freundliche Grüsse

Dr. Matthias Weishaupt

Postgasse 68
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Bundesamt für Gesundheit

Per E-Mail an:

- aufsicht-krankenvsicherung@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch

11. Januar 2017

RRB-Nr.: 6/2017
Direktion Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Unser Zeichen 2016.GEF.2454 / M5QR
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen. Schreiben des Kantons

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur wichtigen Frage der Einteilung unseres Kantons in Prämienregionen Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat lehnt es ab, dass der Kanton Bern mit den neuen Kriterien (Grösse des Versichertenbestandes und der Differenz der Durchschnittskosten) nicht mehr in drei, sondern nur noch in zwei Prämienregionen eingeteilt wird:

Zunächst fällt auf, dass die Berechnungen des Bundes auf einer nicht aktuellen Datenbasis beruhen, nämlich auf den Durchschnittskosten 2013/2014. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion hatte das BAG zur Beurteilung der Neuzuteilung um detailliertere Daten sowie eine aktualisierte Datenbasis gebeten. Daten in der geforderten Granularität konnten jedoch nicht geliefert werden, da diese als Total der Leistungen pro versicherte Person vorliegen und aus Datenschutzgründen keine Erhebungen auf Gemeindeebene erlaubt seien. Die vom BAG zugesagten aktualisierten Auswertungen haben zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Stellungnahme bedauerlicherweise nicht vorgelegen.

Die Schaffung von nur noch zwei Prämienregionen hat schwer abschätzbare Folgen für die Berner Prämienzahler und Prämienzahlerinnen, für die Mehrheit wird sie eine Verschlechterung zur Folge haben. Zudem betrifft sie zu einem hohen Anteil die Prämien von Kindern und

Jugendlichen. Dies zeigen uns die vom BAG am 2. Mai 2016 zugestellten Daten, welche die Anzahl Versicherten 2014 nach Alterskategorien sowie die geplante Regionenverschiebung darstellt. Gemäss diesen Daten verbleiben bei den Erwachsenen 42% der Versicherten in der gleichen oder werden in eine günstigere Region eingeteilt, während 58% in eine teurere Region wechseln. Dagegen werden 60% der jungen Erwachsenen und 62% der Kinder in eine teurere Region eingeteilt. Mit der vorgesehenen Einteilung in zwei Prämienregionen wird keine ausreichend differenzierte Prämienenerhebung mehr möglich sein. Die Vielfalt des grossen Kantons mit zahlreichen Gegensätzen kann nur ungenügend abgebildet werden.

Dagegen kann mit dem Beibehalten von drei Prämienregionen eine Neuzuteilung sozialverträglicher ausgestaltet werden. Zudem stellt die Tatsache, dass mit der vorgeschlagenen Neuzuteilung 79% der Berner Bevölkerung in die teuerste Prämienregion eingeteilt sind, die Höhe der maximal zulässigen Kostenunterschiede zwischen den Regionen in Frage. Es fällt auf, dass die zulässigen Unterschiede kantonal zwischen 5% und 8% variieren. Eine hinreichende Begründung, warum ein minimaler Kostenunterschied von 5% vorliegend sein muss, fehlt.

Auch der Grosse Rat zeigte sich besorgt darüber, dass die Änderung für weite Teile des Kantons Bern, die bisher in der tiefsten Prämienregion 3 eingeteilt sind, erhebliche Prämiensteigerungen zur Folge haben wird. Dies hat ihn dazu bewogen, mit sehr deutlicher Mehrheit von 102:30 Stimmen die Motion Leuenberger (M 204-2016) anzunehmen, die vom Regierungsrat verlangt, sich für ein Festhalten an drei Prämienregionen einzusetzen.

Der Regierungsrat fordert daher mit Nachdruck, dass der Kanton Bern auch in Zukunft in drei Prämienregionen eingeteilt wird. Die Neuzuteilung in drei Prämienregionen hat auf den Kosten zu basieren und ist mit einer aktuellen, nachvollziehbaren Datenbasis zu unterlegen. Entsprechend den nicht zu vernachlässigenden Unterschieden in den Kosten sind bei den Prämien gleich hohe Differenzen zuzulassen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin



Beatrice Simon

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern

Liestal, 10. Januar 2017
AfG/UK

Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen, Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 26. September 2016 in oben erwähnter Angelegenheit und nehmen zur geplanten Neufestlegung der Prämienregionen gerne wie folgt Stellung:

1. Grundsätzliches zur geplanten Verordnungsänderung

Die vorgeschlagene Revision sieht drei grundsätzliche Änderungen vor:

- die Prämienregionen sollen neu entlang der Bezirksgrenzen gebildet werden;
- die Anzahl Einwohner eines Kantons wird zum massgebenden Kriterium, ob in einem Kanton mehrere Prämienregionen in Frage kommen;
- standardisierte Durchschnittskosten auf Bezirksebene werden zum massgeblichen Kriterium für den Entscheid über Prämienregionen und für die Höhe der anrechenbaren Kostenunterschiede.

Der Regierungsrat anerkennt die Notwendigkeit einer regelmässigen Überprüfung der Prämienregionen. Diese sind indessen so zu definieren, dass sie die regionalen Kostenunterschiede abbilden. Eine Grenzziehung entlang der Bezirke wird dieser Anforderung nicht gerecht. Der Regierungsrat lehnt die vorgeschlagene Verordnungsänderung daher bereits aus grundsätzlichen Überlegungen ab.

Die geplante Anpassung der Prämienregionen führt in der Tendenz dazu, dass kostengünstigere und eher ländlichere Gemeinden willkürliche Prämienaufschläge erfahren und innerhalb des jeweiligen Kantons die teureren Regionen quersubventionieren müssen. Die Anpassung führt zu einer Nivellierung der teilweise beträchtlichen Kostenunterschiede von Gemeinden auf Bezirksebene, anstatt den unterschiedlichen regionalen Gesundheitskosten Rechnung zu tragen. Bisher konnte

ein Versicherer die anrechenbaren Kostenunterschiede um maximal 15% von der ersten zur zweiten Prämienregion und um maximal 10% von der zweiten zur dritten Prämienregion abstufen. Mit der Nivellierung von Durchschnittskosten auf Bezirksebene nähern sich die Werte aus rein statistischen Gründen bedeutend stärker an, als wenn die Kosten von Gemeinden verglichen würden. Der Vorschlag, die Prämienregionen künftig auf Bezirksebene zu definieren, führt somit automatisch zu einer Nivellierung der anrechenbaren Kostenunterschiede.

Eine solche Nivellierung ist der Kostenwahrheit und -transparenz nicht förderlich. Die Prämienzahlenden haben jedoch Anspruch auf grösstmögliche Kostenwahrheit. Darauf verweist auch der Bundesrat in seinen gesundheitspolitischen Prioritäten «Gesundheit 2020». Die Verlierer der vorgeschlagenen Verordnungsänderung wären gesamtschweizerisch gegen drei Millionen Versicherte in gut 1'200 vor allem ländlicheren Gemeinden mit vielfach kostengünstigeren Strukturen auf der Angebotsseite und kostenbewussterem Verhalten, welche mit starken nicht gerechtfertigten Prämien erhöhungen konfrontiert würden.

Es erscheint zudem aus staatspolitischer Sicht fragwürdig, die Einteilung der Prämienregionen auf die Bezirke zu verlagern, die keiner unserer bewährten Staatsebenen (Gemeinde, Kanton, Bund) entsprechen und die in einigen Kantonen gar nicht existieren oder aufgrund anderer Überlegungen fusioniert oder ganz aufgehoben wurden oder werden. Die Bezirke haben bezüglich den Gesundheitskosten keine Aussagekraft, dienen sie doch im Wesentlichen der Dezentralisierung der kantonalen Verwaltung, und nicht der Organisation des Gesundheitswesens. Demgegenüber haben Gemeinden und deren Wohnbevölkerung sehr wohl Einfluss auf die jeweiligen Gesundheitskosten. Gemeinden, die beispielsweise effiziente Spitex- und weitere Betreuungsangebote bereitstellen, können durchaus positiv auf die Kosten Einfluss nehmen. Das KVG sieht explizit vor, dass diese Kostenwahrheit auf regionaler Ebene in der Prämie abgebildet wird.

Die Einteilung der Prämienregionen muss daher unseres Erachtens weiterhin auf Gemeindeebene erfolgen. Es ist technisch ohne weiteres möglich, die vollständigen Kosten zum Zwecke der Kalkulation von Prämienregionen auf Ebene der Wohngemeinde zu erheben. Ebenso kann wenn nötig berücksichtigt werden, ob eine Gemeinde Standort eines Alters- und Pflegeheims ist. Neueinteilungen von Gemeinden in andere Prämienregionen sollen grundsätzlich möglich sein. Sie müssen aber auf der Grundlage von mehrjährigen, verlässlichen Daten geprüft werden. Eine gezielte Umteilung einer Gemeinde in eine teurere Region kann dann in Betracht gezogen werden, wenn ein stabiler mehrjähriger statistisch relevanter Trend zu höheren Kosten vorliegt.

2. Geplante Neubildung der Prämienregionen im Kanton Basel-Landschaft

Für sieben Gemeinden des Bezirks Liestal (Arisdorf, Augst, Giebenach, Hersberg, Lupsingen, Ramlinsburg, Ziefen) sowie für den gesamten Bezirk Laufen würde die geplante Neubildung der Prämienregionen einen Wechsel in die teurere Region 1 bedeuten. Die Umteilung in die Prämienregion 1 würde gemäss unseren Berechnungen für die Versicherten aus den betroffenen Gemeinden zu Prämienaufschlägen in der Grössenordnung von CHF 179 pro Jahr führen, während die Versicherten, welche in der bisherigen Region verbleiben, in weit geringerem Ausmass profitieren (jährliche Prämienreduktion um CHF 12 in der Region 1 resp. um CHF 63 in der Region 2). Diese Berechnungen bestätigen die Vermutung, dass mit der neuen Einteilung die Prämien nach oben nivelliert würden.

Die betroffenen Gemeinden sind grossmehrheitlich ländlich geprägt. Die entsprechenden Prämienaufschläge sind daher vor dem Hintergrund der Kosten in diesen Gemeinden kaum gerechtfertigt. Aus unserer Sicht widerspiegelt die derzeitige Grenze zwischen den beiden Prämienregionen den Unterschied zwischen Agglomerationsgemeinden und eher ländlich geprägten Gemeinden weit besser als die neu vorgeschlagene Trennung entlang der Bezirksgrenzen. Der Regierungsrat spricht sich daher mit Nachdruck gegen die geplante Neubildung der Prämienregionen im Kanton Basel-Landschaft aus.

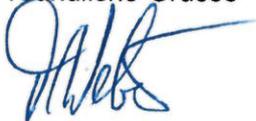
Bereits mit Schreiben vom 7. Juni 2016 hatte die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion darauf hingewiesen, dass die fünf Bezirke unseres Kantons zwar rein formell noch bestehen, jedoch bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben praktisch keine Bedeutung mehr haben. Vielmehr sollen die Gemeinden künftig neu in sechs Regionen (funktionelle Räume) zusammenarbeiten. Eine Vorlage für eine entsprechende Verfassungsänderung sowie ein neues Gesetz (Gemeinderegionengesetz) ist derzeit im Landrat (Kantonsparlament) hängig. Die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, soweit sie nicht dem Kanton oder den einzelnen Gemeinden zugeordnet sind, wird demnach künftig in den Regionen erfolgen. So sieht beispielsweise der Entwurf für ein neues Alters- und Pflegegesetz vor, dass sich die Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgaben in diesem Bereich zu Versorgungsregionen zusammenschliessen sollen. Wie dieses Beispiel zeigt, werden die Regionen künftig auch Aufgaben wahrnehmen, welche durchaus für die Höhe der Gesundheitskosten und demnach für die Krankenversicherungsprämien relevant sein können. Wir könnten uns daher vorstellen, dass in einigen Jahren geprüft werden kann, ob die Prämienregionen entsprechend den neu gebildeten Gemeinderegionen aufgeteilt werden sollen. In der Zwischenzeit können die heutigen Prämienregionen, welche sich grundsätzlich bewährt haben, ohne weiteres beibehalten werden, oder es können punktuelle Umteilungen auf Ebene Gemeinde geprüft werden.

3. Schlussfolgerung

Zusammenfassend lehnt der Regierungsrat die vorgeschlagene Neubildung der Prämienregionen und somit die geplante Verordnungsänderung sowohl generell als auch bezogen auf den Kanton Basel-Landschaft mit Nachdruck ab.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und stehen für allfällige Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Thomas Weber
Regierungspräsident



Peter Vetter
Landschreiber



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Office fédéral de la santé publique

En Word et en PDF à :
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
et dm@bag.admin.ch

Fribourg, le 12 décembre 2016

Consultation du DFI sur la modification de l'ordonnance du 25 novembre 2015 sur les régions de primes

Madame, Monsieur,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons au courrier du 26 septembre 2016 de Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset, nous invitant à prendre position.

Sur le principe, nous maintenons notre position émise en pré-consultation le 24 mai 2016. Alors que l'OFSP avait proposé comme premier choix de passer à une seule région de primes et comme deuxième variante de maintenir deux régions de primes, mais de faire passer la Broye dans la région I avec la Sarine, le Conseil d'Etat avait demandé le maintien du statut quo comme variante préférée et, comme deuxième choix, le transfert de la Broye dans la région I.

Un des critères principaux pour le regroupement de régions est une différence entre les coûts bruts mensuels moyens des régions inférieure à 5%. Pour le canton de Fribourg cette différence était de 5.1% en 2013 et de 4.9% en 2014. Or, ce passage sous la limite des 5%, pour une seule année, n'est – à notre avis - pas suffisamment significatif pour justifier un regroupement ou une réorganisation des régions. Cet avis est d'ailleurs partagé par santésuisse. Pour pallier à ce problème, nous demandons que les réorganisations des régions de primes soient fondées sur des différences de coûts confirmées sur trois ans.

Pour éviter une réorganisation prématurée, nous aurions souhaité maintenir actuellement le statu quo, tout en vous laissant suivre l'évolution des coûts bruts pour les régions 1 et 2 et les districts les composant et de nous tenir informés. Par ailleurs, pour éviter de confronter la population à des hausses de primes importantes, nous pensons que le passage d'une région de primes à une autre, plus chère, devrait pouvoir se faire progressivement. Pour ce faire, il conviendrait d'introduire des dispositions transitoires adéquates.

Si l'OFSP n'a pas retenu le premier choix du Conseil d'Etat, il a au moins opté pour le compromis, c'est-à-dire le maintien de deux régions de primes, en transférant le district de la Broye dans la région A (anciennement I), en fonction de la différence de coûts entre les districts.

Par ailleurs, il est indispensable que l'OFSP, dans le cadre des procédures d'approbation des primes futures, s'assure que les primes correspondent bien aux coûts, ceci tant au niveau des régions de primes qu'au niveau cantonal. Cette responsabilité incombe à l'OFSP en tant qu'instance de surveillance.

Veillez croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat :



Marie Garnier
Présidente



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 21 décembre 2016

Le Conseil d'Etat

7091-2016

Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Inselgasse 1
3003 Berne

Concerne: modification de l'ordonnance du DFI du 25 novembre 2015 sur les régions de primes – ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons bien reçu votre courrier du 26 septembre 2016 adressé à l'ensemble des gouvernements cantonaux concernant l'objet cité sous rubrique et vous en remercions.

Dans la mesure où notre canton n'est pas subdivisé en différentes régions de prime, la modification proposée ne nous concerne pas.

Cela étant, nous tenons à relever que la démultiplication des régions de primes ne fait qu'augmenter nos interrogations sur la question du traitement des réserves dans la mesure où, aujourd'hui, rien ne permet d'affirmer que les gains accumulés dans un canton, grâce à des primes surévaluées, ne servent à couvrir des pertes dans d'autres cantons.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Anja Wyden Guelpa

Le président :


François Longchamp

Copie à : (via mail : aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch et dm@bag.admin.ch)

Glarus, 6. Dezember 2016
Unsere Ref: 2016-160

Vernehmlassung i. S. Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Glarus überwies das Geschäft zur direkten Erledigung dem Departement Finanzen und Gesundheit.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir aufgrund fehlender Betroffenheit auf eine Stellungnahme verzichten.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse



Dr. oec. Rolf Widmer
Landammann

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- dm@gab.admin.ch

versandt am: **06. Dez. 2016**



Sitzung vom

16. Januar 2017

Mitgeteilt den

16. Januar 2017

Protokoll Nr.

29

Eidgenössisches Departement des Innern

Per e-Mail (in Word und PDF): aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
dm@bag.admin.ch

Stellungnahme zur Änderung der Verordnung des EDI über die Prämienregionen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Zu dem unterbreiteten Entwurf der Änderung der Verordnung des EDI über die Prämienregionen (SR 832.106) erstatten wir Ihnen innert erstreckter Frist die folgende Stellungnahme:

Wir lehnen die vorgeschlagene neue Festlegung der Prämienregionen und der entsprechenden maximal zulässigen Prämienunterschiede zwischen den Regionen ab.

Die Neueinteilung würde bei zahlreichen ländlichen Gemeinden zu einem ungerechtfertigten Prämienanstieg führen, sind diese doch bei der medizinischen Grundversorgung aufgrund der gegenüber den Zentrumsgemeinden und den Gemeinden ihres unmittelbaren Einzugsgebietes erschwerten Zugänglichkeit zu entsprechenden Leistungen benachteiligt.

Die Zugänglichkeit zu medizinischen Leistungen ist in unserem Kanton innerhalb einer Region zwischen den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich. So gehört beispielsweise die Gemeinde Tschierschen/Praden der gleichen Prämienregion an wie

die Stadt Chur (Region Plessur) und die Gemeinden Buseno, Castaneda und Rossa im abgelegenen Calancatal gehören der gleichen Region an wie die Gemeinden Grono und Roveredo (Region Moesa). Dass zwischen diesen Gemeinden eklatante Unterschiede im Zugang zu medizinischen Leistungen bestehen, ist offensichtlich. Das BAG ist entsprechend anzuweisen, die Gesundheitskosten weiterhin auf Gemeindeebene zu erheben und die Gemeinden entsprechend den Durchschnittskosten den Prämienregionen zuzuweisen.

Sollten Sie unserem Antrag nicht entsprechen, ist die gemäss der geltenden Verordnung maximal zulässige Prämien Differenz von 15 Prozent zwischen der Region 1 und der Region 2 unbedingt beizubehalten. Diese Differenz entspricht in etwa den aktuellen Prämienunterschieden der meisten Versicherer in unserem Kanton zwischen den beiden Regionen. Zudem ist diesfalls darauf zu achten, dass die Reduktion der Prämienregionen von drei auf zwei Regionen für die Versicherten im Kanton bezüglich der zu entrichtenden Prämie insgesamt kostenneutral ausfällt.

Hinsichtlich der für unseren Kanton für die Einteilung der Prämienregionen verwendeten Terminologie weisen wir Sie darauf hin, dass per 1. Januar 2016 die Gebietsreform des Kantons in Kraft getreten ist. Neu ist der Kanton anstelle der mit beschränkter Rechts- und Handlungsfähigkeit ausgestatteten Bezirke in Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgestattete Regionen gegliedert (Art. 68 ff. der Kantonsverfassung; BR 110.000). Dabei wurden die Bezeichnungen der bisherigen Bezirke Inn und Hinterrhein in Region Engiadina Bassa/Val Müstair beziehungsweise in Region Viamala geändert. Seit dem 1. Januar 2016 gibt es im Kanton Graubünden keine Bezirke mehr. Die neue Terminologie ist bei der Anpassung der Verordnung zu berücksichtigen.

Als Kontaktperson für den Kanton Graubünden wird Albert Gabriel, Planaterrastrasse 16, 7000 Chur, Tel. 081 257 29 21; e-Mail: Albert.Gabriel@san.gr.ch, bezeichnet.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
Telefax 041 228 60 97
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

Per Mail an:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch

Luzern, 20. Dezember 2016

Protokoll-Nr.: 1335

Änderung der Verordnung des EDI über die Prämienregionen
Stellungnahme der Regierung des Kantons Luzern

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrats teile ich Ihnen mit, dass wir eine Neueinteilung der Prämienregionen nach Wahlkreisen vehement ablehnen. Bereits mit Schreiben vom 27. August 2013 an Herrn Jean-François Richard, BAG, und vom 24. Mai 2016 an Herrn Pacal Stupler, Direktor BAG, haben wir uns klar und deutlich gegen eine Systemänderung ausgesprochen. Wir legen Ihnen diese beiden Schreiben nochmals bei.

Ihr aktueller Vorschlag beinhaltet aber nicht nur einen Systemwechsel von der Gemeindestruktur zur Bezirks- oder Wahlkreisstruktur, sondern für unsern Kanton auch eine Reduktion der Anzahl Prämienregionen von 3 auf 2. Dass sich die Notwendigkeit für eine so tiefgreifende doppelte Systemänderung aus der Sache heraus ergeben sollte, ist für uns nicht nachvollziehbar. Vielmehr stelle ich fest, dass es in unserem Kanton seit Einführung der aktuellen Prämienregionen auf Gemeindebasis noch nie zu irgendwelchen politischen Aktivitäten gekommen ist, welche diese Einteilung in Frage stellten. Der jetzt vorgeschlagene Systemwechsel würde nach unseren Berechnungen bei rund der Hälfte der Bevölkerung zum Teil massive Prämien erhöhungen (insbesondere bei einem Wechsel von der Region 3 in die Region 1!) zur Folge haben. Die politische Unruhe wäre damit programmiert! Ich verweise dazu insbesondere auf mein Schreiben vom 24. Mai 2016.

Die Prämien in den 3 Regionen sind noch immer recht unterschiedlich. Illustriert wird dies durch die nachfolgende Tabelle mit den Luzerner Monatsprämien einiger Versicherer und den EL-Durchschnittsprämien für Erwachsene mit 300 Franken Franchise und mit Unfall für das Jahr 2017.

	Prämienregion			Differenzen		
	1	2	3	1 > 2	2 > 3	1 > 3
CSS	428	391	376	37	15	52
Concordia	428	398	383	30	15	45
Helsana	452	433	422	19	11	40
ASSURA	408	368	355	40	13	53
EL-Durchschnittsprämien	427	393	377	34	16	50

Eine Neueinteilung bei gleichzeitiger Reduktion auf nur noch 2 Regionen hätte also für die Betroffenen zum Teil stark spürbare finanzielle Auswirkungen (mit indirekten, aber noch nicht abschätzbaren Folgen auch für die IPV). Die Veränderung würde mit einem Schlag erfolgen und nachhaltig bleiben. Gemäss uns vorliegenden Berechnungen würden die Bewohnerinnen und Bewohner gewisser Gemeinden um bis zu 159 Franken unerwartet und unverhofft entlastet und andere müssten einen massiven Aufschlag bis zu 390 Franken in Kauf nehmen. Niemand könnte ihnen dies vernünftig erklären.

Für den vorgeschlagenen Systemwechsel macht das EDI geltend, das BAG erhebe die Versichertendaten seit 2015 nicht mehr nach Gemeinden und eine Kostenuntersuchung nach Gemeinden sei deshalb anhand der erhobenen Daten nicht mehr möglich. Offensichtlich war es für das BAG für die Berechnung der Durchschnittsprämien 2017 aber doch möglich. Und dass das BAG dies wegen dem Datenschutz nicht mehr mache, ist nicht nachvollziehbar. Wenn die Erhebung pro Gemeinde dem Datenschutzgesetz tatsächlich widerspräche, hätte das BAG das schon lange nicht mehr machen dürfen. Uns ist auch nicht bekannt, dass es je ein Problem mit dem Datenschutz gegeben hätte. Zu beachten ist ferner, dass auch eine Verwaltung dem Datenschutz verpflichtet und dass die für die gestellte Frage erforderlichen Daten ohnehin anonymisiert sind. Hinzu kommt, dass die Krankenversicherer durchaus in der Lage sind, dem BAG die erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen.

Der vorgeschlagene Systemwechsel wird auch damit begründet, dass es bei Anwendung der Bezirkslogik zu weniger Mutationen auf Grund von Gemeindefusionen käme. Derlei Mutationen haben bei uns noch nie zu Schwierigkeiten geführt, was wohl auch damit zusammenhängt, dass immer nur relativ kleine Bevölkerungsgruppen betroffen waren und dass eine Gemeindefusion nicht unbedingt immer zur Folge hat, dass eine der betroffenen Gemeinden in eine andere Region zu liegen kommt.

Mit dem vorgeschlagenen System würde der maximal zulässige Prämienunterschied zwischen den Regionen im Kanton Luzern 8% sein, während er in St. Gallen, Bern, Basel-Landschaft, Tessin und Wallis 6% oder in FR sogar nur 5% sein darf. Diese Ungleichbehandlung lässt sich sachlich nicht begründen. Es ist nicht ersichtlich, weshalb die heute für die ganze Schweiz einheitlich geregelten maximal zulässigen Prämienunterschiede von 15, resp. 10 Prozent künftig nicht nur kantonal unterschiedlich, sondern auch wesentlich tiefer festgesetzt werden sollen. Dies führt zwangsläufig zu einer Nivellierung der Prämien und leistet der Einheitskasse Vorschub, welche der Souverän am 28. September 2014 deutlich abgelehnt hat. Eine solche Nivellierung widerspricht auch dem in der Strategie Gesundheit 2020 formulierten bundesrätlichen Ziel, die Transparenz im System zu erhöhen. Mit dieser Vermischung von teuren und günstigeren Gemeinden würde die Kostentransparenz vielmehr verschlechtert.

Der Vorschlag, Wahlkreise und Prämienregionen gleichzusetzen missachtet völlig, dass Wahlkreise und Gesundheitskosten etwas komplett anders sind und dass die Wahlkreise bezüglich Gesundheitskosten und Bevölkerungsstrukturen sehr heterogen sein können. Auf Grund dieser Heterogenität macht es keinen Sinn und ist es sachlich nicht begründbar, Prämienregionen nach Wahlkreisgeometrie zu definieren.

Wenn schon eine Änderung vorgenommen werden müsste, dann wären es eher einzelne Gemeinden, deren Zuordnung überprüft werden müsste. Grundsätzlich halten wir aber an der Einteilung des Kantons in die drei bestehenden Regionen und an der Zuordnung nach Gemeinden fest.

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und erwarte, dass auf die in den Vernehmlassungsunterlagen vorgeschlagene Neustrukturierung der Prämienregionen verzichtet wird.

Freundliche Grüsse

Guido Graf
Regierungsrat





LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral
de l'intérieur
3003 Berne
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch

Modification de l'ordonnance du DFI du 25 novembre 2015 sur les régions de primes

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre correspondance du 26 septembre 2016 nous est bien parvenue et a retenu notre plus grande attention. Nous tenons à vous remercier de la possibilité qui nous est offerte de participer à cette procédure de consultation sur le projet d'ordonnance mentionné en titre.

Après avoir pris connaissance de ce projet, nous sommes en mesure de vous informer que nous n'avons pas d'observations à effectuer.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 21 décembre 2016

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
J.-N. KARAKASH

La chancelière,
S. DESPLANLY





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Herr Bundesrat
Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 20. Dezember 2016

Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 26. September 2016 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen mit der Bitte, bis zum 13. Januar 2017 eine Stellungnahme abzugeben. Wir danken Ihnen bestens für diese Möglichkeit und äussern uns wie folgt:

Wir nehmen zur Kenntnis, dass es bei der Änderung der Verordnung des EDI über Prämienregionen hauptsächlich um Anpassungen der Prämienregionen und die Definition maximal zulässiger Prämienunterschiede in den Regionen geht. Der Kanton Nidwalden ist bereits heute eine einzige Prämienregion und wird dies auch nach der Verordnungsänderung bleiben. Deshalb verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Ueli Amstad
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1243, Gesundheitsamt

Eidgenössisches Departement des
Innern EDI
3003 Bern

Sachbearbeiter: Werner Gut
Sarnen, 19. Dezember 2016

**Änderung der Verordnung über die Prämienregionen:
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Einteilung der Prämienregionen, die derzeit auf den Gemeinden beruht, soll in Zukunft von den Bezirken ausgehen. Die neue Einteilung soll eine kohärentere und ausgewogenere Karte der Prämienregionen ermöglichen. Die Situation bleibt für alle Kantone die derzeit eine einzige Prämienregion umfassen – das ist die Mehrheit – unverändert. Der Kanton Obwalden gehört zu den acht Kantonen die keine Bezirke kennen. Daher kann er nicht in verschiedene Prämienregionen aufgeteilt werden.

Da das BAG die Versichertendaten seit 2015 nicht mehr nach Gemeinden, sondern nach Bezirken erhebt, ist eine Kostenuntersuchung nach Gemeinden folglich nicht mehr möglich. Wir anerkennen daher grundsätzlich die Notwendigkeit einer Überprüfung der Prämienregionen.

Die neue Methodik stützt sich auf die Verwaltungsbezirke als kleinste Einheit ab. Die Kostenunterschiede innerhalb von Bezirken können jedoch sehr gross sein. Der Vorschlag führt deshalb zu einer Nivellierung der Prämien, anstatt den unterschiedlichen regionalen Gesundheitskosten Rechnung zu tragen. Versicherte in ländlichen Gemeinden müssen mit teils massiven Prämien erhöhungen rechnen, obwohl die Gesundheitskosten dies nicht rechtfertigen.

Unserer Meinung nach müssen Prämienregionen die geografischen und strukturellen Kostengleichheiten berücksichtigen. Zudem muss der demografischen Entwicklung und in diesem Zusammenhang insbesondere dem Wanderungssaldo Stadt – Land Rechnung getragen werden. Der nun vorliegende Vorschlag berücksichtigt diese Aspekte zu wenig, weshalb wir ihn nicht unterstützen.

Da der Kanton Obwalden jedoch von den geplanten Änderungen nicht direkt betroffen ist, verzichten wir auf eine detailliertere Stellungnahme zu den Anpassungen der Verordnung.

Gesundheitsamt
St. Antonistrasse 4, Postfach 1243
6061 Sarnen
Tel. 041 666 64 59, Fax 041 666 61 15
werner.gut@ow.ch
www.ow.ch

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit uns zur geplanten Verordnungsänderung zu äussern.

Freundliche Grüsse



Maya Büchi-Kaiser
Regierungsrätin

Brief als PDF und Word-Version per Email an:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch

Kopie an:
dm@bag.admin.ch
Staatskanzlei (zur Abschreibung von G.-Nr. OWSTK.2667)



Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 28. Oktober 2016

Revision der Verordnung des Eidgenössischen Departementes des Innern über die Prämienregionen; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 26. September 2016 laden Sie uns ein, zur Revision der Verordnung des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI) über die Prämienregionen (SR 832.106) Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns wie folgt:

Ihr Vorschlag, die Prämienregionen neu auf der Basis von Wahlbezirken (anstatt wie bisher auf der Basis der politischen Gemeinden) zu bilden, ist aufgrund der seit dem Jahr 2015 aus Datenschutzgründen nicht mehr auf Gemeindeebene verfügbaren Versicherten-daten nachvollziehbar. Die aktuelle Einteilung auf der Basis der politischen Gemeinden hat dazu geführt, dass einzelne Postleitzahlen mehreren Prämienregionen zugeteilt worden sind (z.B. 9204 Andwil, das je zum Teil in der Prämienregion 1 und in der Prämienregion 2 liegt). Dies ist für die betroffenen Versicherten teilweise nicht oder nur schwer nachvollziehbar. Eine Neueinteilung der Prämienregionen auf der Basis von Wahlbezirken würde zu einheitlicheren und stabileren Prämienregionen führen und zudem bei Gemeindefusionen mehr Klarheit bezüglich der Regionenzuteilung schaffen. Wir unterstützen daher die vorgeschlagene Anpassung.

Regionale Kostenunterschiede sollen grundsätzlich zu unterschiedlichen Prämien führen. Wir teilen dabei Ihre Auffassung, wonach eine Unterteilung in Prämienregionen nur sinnvoll ist, wenn die Kostenunterschiede ein bestimmtes Ausmass erreichen. Bei Abweichungen von weniger als fünf Prozent soll deshalb auf eine Unterteilung in Prämienregionen verzichtet werden. Nach Auswertungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) haben die Kostenunterschiede zwischen den st.gallischen Prämienregionen seit der erstmaligen Festlegung von einheitlichen Prämienregionen im Jahr 2004 deutlich abgenommen. Im Jahr 2004 lagen die Kosten der teuersten Region noch um mehr als 20 Prozent über den Kosten der günstigsten Region. Bei der vom EDI vorgeschlagenen Neueinteilung in zwei Prämienregionen liegen die standardisierten Durchschnittskosten der teureren Region lediglich noch um rund sechs Prozent über den Kosten der günstigeren Region. Eine Weiterführung der Einteilung des Kantons St.Gallen in drei Prämienregionen ist deshalb auch aus unserer Sicht nicht mehr angezeigt.



Eine Neueinteilung der Prämienregionen muss in Bezug auf das gesamte kantonale Prämienvolumen neutral erfolgen. Das BAG ist zwingend anzuhalten, im Rahmen des Prämienengenehmigungsverfahrens sicherzustellen, dass eine Neueinteilung der Prämienregionen nicht zu einer Prämienerrhöhung führt.

Bei Fragen zu unserer Stellungnahme können Sie sich an Herrn Peter Altherr, Leiter Amt für Gesundheitsversorgung (Tel. 058 229 42 75, E-Mail peter.altherr@sg.ch), wenden.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Im Namen der Regierung

Martin Klöti
Präsident



Canisius Braun
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch mit einer Kopie an dm@bag.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



Telefon 052 632 71 11
Fax 052 632 7200
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches
Departement des Innern
Aufsicht Krankenversicherung

Versand per e-mail

Schaffhausen, 6. Dezember 2016

Änderung der Verordnung des EDI über die Prämienregionen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 25. November 2016 betreffend die Änderung der Verordnung über die Prämienregionen und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Im Rahmen einer Vorinformation und Anhörung vom vergangenen Frühjahr wurde eine neue Festlegung der Schaffhauser Prämienregionen entlang der historischen Bezirksgrenzen vorgeschlagen. Gestützt auf die durchgeführten Kostenanalysen wären die historischen Bezirke Schaffhausen und Reiat, die zusammen 78 % der Kantonsbevölkerung umfassen, der Region 1 zugeordnet worden. Für 10 Gemeinden mit rund 16'000 Einwohnern hätte dies eine Umteilung von der Region 2 in die Region 1 bedeutet, mit resultierenden markanten Prämien erhöhungen im Ausmass von gut 7 %. Im Gegenzug wäre die Region 2 auf knapp 18'000 Einwohner, entsprechend 22 % der Kantonsbevölkerung, geschrumpft.

Mit Schreiben vom 30. Mai 2016 hat das Departement des Innern des Kantons Schaffhausen ablehnend zum unterbreiteten Vorschlag Stellung genommen und gefordert, die Entscheidungsfindung auf zwei mögliche Optionen zu konzentrieren: die Beibehaltung der bisherigen Regionen oder die Zusammenführung des ganzen Kantons zu einer einzigen Prämienregion. Im Vorfeld des Entscheides sollten die aktuellen risikobereinigten Kosten für die beiden bisherigen Prämienregionen konsolidiert nachkalkuliert und ausgewiesen werden.

Dem nun vorgelegten Verordnungsentwurf und dem zugehörigen Kommentar kann entnommen werden, dass die Option einer Beibehaltung der bisherigen Prämienregionen im Kanton Schaffhausen aufgrund der neuen Kriterien, die künftig für alle Kantone gelten sollen, nicht mehr in Betracht gezogen wurde. Auch eine Nachkalkulation der standardisierten Kosten im Rahmen der bisherigen Prämienregionen wurde nicht vorgenommen.

Mit Blick auf die Transparenz und Kommunizierbarkeit der Entscheidungsfindung bedauern wir es, dass unserer Forderung nach einer Nachkalkulation der Kosten im Rahmen der bisherigen Regionen nicht nachgekommen wurde.

Gleichwohl haben wir Verständnis dafür, dass die Prämienregionen landesweit nach einheitlichen Kriterien definiert werden müssen und dass die Regionen überdies eine gewisse Mindestgrösse nicht unterschreiten sollten. Zudem ziehen wir in Betracht, dass die Krankenversicherung ihrem Wesen nach auf vielfältigen Solidaritäten zwischen Gesunden und Kranken und zwischen Jungen und Alten beruht. Ein grosser Teil der Kosten entfällt in allen Regionen auf die Behandlungs- und Pflegekosten einer relativ kleinen Zahl besonders teurer Patienten. Die Frage, wie weit die Solidarleistungen der übrigen Versicherten zugunsten dieser besonders teuren Patienten nach geografischen Gesichtspunkten abgestuft werden sollen, kann der Sache nach durchaus kontrovers beurteilt werden.

Unter Berücksichtigung aller genannten Faktoren sind die dem Verordnungsentwurf zugrundeliegenden Datenanalysen und das darauf gestützte Umsetzungskonzept nachvollziehbar.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

A stylized, handwritten signature in blue ink, appearing to be 'RD'.

Dr. Reto Dubach

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'SB'.

Dr. Stefan Bilger

Versand per e-mail (je als PDF- und Word-Dokument) an:

- aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch

Departement des Innern

Ambassadorshof / Riedholzplatz 3
4509 Solothurn
Telefon 032 627 93 61
Telefax 032 627 93 51
inneres@ddi.so.ch

Peter Gomm
Regierungsrat

Bundesamt für Gesundheit
3003 Bern

7. Dezember 2016

Stellungnahme zur Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 26. September 2016 eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen Stellung zu nehmen. Dafür danke ich Ihnen.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Kanton Solothurn durch die Verordnungsänderung in keiner Weise tangiert wird, indem er nach wie vor nur eine Prämienregion aufweist und das System grundsätzlich unbestritten ist, verzichten wir auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Ich bitte um Kenntnisnahme und bedanke mich noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Peter Gomm
Regierungsrat

6431 Schwyz, Postfach 1260

An das
Eidgenössische Departement des Innern EDI

per E-Mail an: aufsicht-krankensversicherung@bag.admin.ch; Kopie an dm@bag.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 29. November 2016

Änderung der Verordnung über die Prämienregionen
Verzicht auf Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. September 2016 werden die Kantonsregierungen eingeladen, bis am 13. Januar 2017 zur Änderung der Verordnung über die Prämienregionen vom 25. November 2015 (SR 832.106) Stellung zu nehmen.

Wir bedanken uns für diese Möglichkeit. Der Regierungsrat verzichtet jedoch auf eine Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates:



Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



Departement für Finanzen und Soziales

Der Departementschef



A DFS, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI
Herr Alain Berset
Bundesrat
3003 Bern

zusätzlich via E-Mail an: aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch

Kopie: dm@bag.admin.ch

03.01/367/2016

Frauenfeld, 7. Dezember 2016

Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2016 über die Prämienregionen

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Vernehmlassung in obiger Sache.

Der Kanton Thurgau ist von der vorgesehenen Verordnungsänderung zwar nicht betroffen. Indessen bitten wir Sie den Bedenken jener Kanton Rechnung zu tragen, die befürchten, dass die Reform in ländlichen Regionen zu teils massiven Prämien erhöhungen führen wird.

Mit freundlichen Grüssen

Departement für Finanzen und Soziales
Der Departementschef


Dr. Jakob Stark



Kopie z. K. (via Fabasoft): Amt für Gesundheit

numero			Bellinzona
5538	fr	1	14 dicembre 2016
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +41 91 814 43 20 fax +41 91 814 44 35 e-mail can-sc@ti.ch			Repubblica e Cantone Ticino

Il Consiglio di Stato

Signor Consigliere federale
Alain Berset
Dipartimento federale dell'interno DFI
3003 Berna

Invio per posta elettronica
aufsicht-krankenversicherung@baq.admin.ch,
dm@baq.admin.ch

Modifica dell'ordinanza del DFI sulle regioni di premio: consultazione

Egregio signor Consigliere federale,

la ringraziamo per lo scritto del 26 settembre 2016 col quale ci sottoponete per consultazione la modifica in oggetto, che prevede una nuova delimitazione delle regioni di premio e della differenza massima di premio fra regioni.

Il Dipartimento della sanità e della socialità (DSS) del Cantone Ticino si è già espresso sulla tematica il 30 maggio scorso su invito dell'UFSP, che con lettera del 12 aprile 2016 informava i Cantoni della verifica delle regioni di premio effettuata dallo stesso a seguito delle nuove basi legali e formulava una proposta per una nuova suddivisione delle regioni di premio, poi sfociata nella presente modifica. Ne riprendiamo quindi i contenuti.

Premettiamo in entrata che l'orientamento strategico a livello federale risulta poco chiaro. Nella precedente consultazione del 2013 (lettera UFSP dell'8 luglio 2013 e risposta DSS del 23 settembre 2013) si ventilava la possibilità di un'unica regione di premio per tutto il Cantone Ticino. Pure la strategia federale "Sanità 2020" prevede, fra le misure in esame, quella di semplificare il sistema assicurativo attraverso la riduzione delle regioni di premio, motivandola con la possibilità per i Cantoni di influenzare la spesa sanitaria a livello cantonale ma non regionale, la volontà di rafforzare il principio di solidarietà ancorato nella LAMal e l'alleggerimento burocratico-amministrativo legato al minor ventaglio di premi offerti. Nel 2013, il Ticino si era dichiarato di principio non contrario all'introduzione di un'unica regione di premio per tutto il suo territorio, evocando le ragioni citate ed avendo già gran parte della popolazione in un'unica regione.

Venendo all'attuale proposta, prendiamo anzitutto atto della volontà di sostituire il Comune con il Distretto come elemento di base per formare una regione di premio. Possiamo condividere questa impostazione. Ad oggi, riteniamo sempre più difficile ed aleatoria la suddivisione dei costi sanitari a livello comunale, come pure comprendere il motivo per cui due comuni limitrofi dello stesso comprensorio abbiano premi assicurativi diversi. L'entità "Distretto" è indubbiamente più ampia ed omogenea e garantisce una maggiore stabilità dal profilo dei costi rispetto ai Comuni.

Sempre dal profilo metodologico, si condividono pure i criteri dell'effettivo minimo d'assicurati e delle differenze minime di costo affinché in un Cantone vi siano più regioni: realtà troppo piccole o una diversità di costo inferiore al 5% non giustificano una suddivisione in regioni. E' infine corretto che le differenze massime di premio fra regioni siano definite per singolo Cantone e non più in modo uniforme sul piano nazionale (oggi il 15% fra regione 1 e 2, il 10% fra regione 2 e 3), poiché devono rispecchiare delle diversità di costo regionali che variano da Cantone a Cantone.

La nuova suddivisione basata sui Distretti mantiene per il Ticino le due regioni di premio; nella prima confluiscono i Distretti di Bellinzona, Lugano, Mendrisio e Riviera, dove risiede complessivamente il 76% della popolazione ticinese (dato 2014). Rispetto ad oggi, con l'84% della popolazione nella regione 1 (dato 2014), il cambiamento di regione toccherebbe circa 63'000 assicurati, 49'000 dei quali passerebbero alla regione 2 (10 Comuni del Locarnese), mentre i restanti 14'000 confluirebbero nella regione 1 (la Riviera e 3 Comuni del Bellinzonese). Si assisterebbe quindi a una crescita della regione 2, che ha premi più bassi. Per mantenere la copertura dei costi totali cantonali e tenuto conto che la differenza media di premio fra regioni è oggi del 5.5% e sarà in futuro al massimo del 6% (valore fissato con la presente modifica e derivante dalla differenza di costo fra le due regioni), è verosimile ipotizzare un lieve aumento dei premi in entrambe le regioni (+0.5% ca.).

Nella misura in cui la nuova suddivisione non stravolge la situazione di premio attuale e dovrebbe riflettere meglio e in modo più stabile le differenze regionali di costo, il Cantone Ticino può sostenere un simile cambiamento. Naturalmente è imperativo garantire che la modifica risulti, nel suo complesso, neutra dal profilo finanziario, com'è doveroso che sia: indipendentemente dalla suddivisione in regioni 1 e 2, la totalità dei premi ticinesi dovrà infatti coprire la stessa spesa sanitaria.

In sintesi, il Cantone Ticino si dichiara favorevole a una semplificazione del sistema delle regioni di premio, sia che avvenga attraverso il passaggio dal Comune al Distretto come elemento costitutivo delle stesse oppure, in maniera più incisiva, attuando una soppressione parziale o totale delle regioni di premio. In entrambi i casi è fondamentale che l'Autorità federale vegli affinché la futura impostazione risulti finanziariamente neutra.

Voglia gradire, signor Consigliere federale, i nostri migliori saluti.

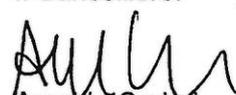
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Paolo Beltraminelli

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia per conoscenza:

- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Divisione della salute pubblica (dss-dsp@ti.ch)
- Area di gestione sanitaria (dss-ags@ti.ch)
- Pubblicazione in internet

per E-Mail:
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch

Altdorf, 23. November 2016

Änderung der Verordnung über die Prämienregionen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. September 2016 hat uns das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) eingeladen, eine Stellungnahme zur erwähnten Gesetzesrevision abzugeben. Dafür danken wir Ihnen.

Im Auftrag des Regierungsrats des Kantons Uri teilen wir Ihnen mit, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten.

Wir danken für Ihr Verständnis und grüssen Sie freundlich.

Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion



Barbara Bär, Regierungsrätin
Landesstatthalter

Kopie an:

– mit Kopie an: dm@bag.admin.ch



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Envoi par courriel uniquement
aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
dm@bag.admin.ch

Réf. : MFP/15021236

Lausanne, le 14 décembre 2016

Modification de l'ordonnance du DFI du 25 novembre 2015 sur les régions de primes - Procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de lui donner l'occasion de se prononcer sur l'objet mentionné en titre et vous adresse, ci-après, sa détermination.

1. Critères et modifications prévus pour le Canton de Vaud

A partir du 1^{er} janvier 2018, le DFI prévoit un nouveau découpage des régions de primes dans chaque canton, basé sur les coûts bruts dans les districts et non dans les communes comme actuellement.

L'écart de primes entre régions, précisé pour chaque canton concerné dans l'ordonnance, doit correspondre à l'écart des coûts bruts moyens entre régions.

Ainsi, dans le Canton de Vaud, le DFI propose de garder deux régions de primes, avec un écart maximum de primes de 7% contre 15% actuellement. La configuration de chacune d'entre elles est différente de la configuration actuellement en vigueur.

2. Volonté de passer à une seule région de primes de manière progressive

Comme le Département de la santé et de l'action sociale (DSAS) du Canton de Vaud l'a déjà communiqué à plusieurs reprises à l'OFSP, le Canton de Vaud estime que la différence territoriale des coûts bruts ne justifie pas le maintien de deux régions de primes sur son territoire.

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud souhaite passer à une région unique de primes en deux étapes. La première étape entrerait en vigueur le 1^{er} janvier 2019 (simultanément à l'entrée en vigueur des modifications législatives prévues dans le cadre de la réforme vaudoise de l'imposition d'entreprises - RIE III). Elle consisterait à réduire l'écart maximum admis entre régions, en le fixant à 3%. Le passage à une région unique de primes se ferait dans un second temps, à partir du 1^{er} janvier 2020.

Par conséquent, le Canton de Vaud demande que l'ordonnance sur les régions de primes mise en consultation soit modifiée dans le sens précité.

Cette demande se justifie pour plusieurs raisons. En premier lieu, dans son courrier du 12 avril 2016 adressé au chef du DSAS, le directeur de l'OFSP admet « qu'un découpage du canton n'est pas facilement réalisable, raison pour laquelle une prime uniforme serait envisageable ».

En effet, s'agissant du Canton de Vaud, la distinction de deux régions de primes ne se justifie pas, dès lors que la différence de coûts entre le district le plus coûteux de la région B et le district le moins coûteux de la région A n'est que de 1.7%, et que la différence entre le district le moins coûteux et le plus coûteux de la même région B se monte à 6.3%.

En outre, la solidarité entre malades et bien portants, principe de base de la LAMal, ne devrait pas être remise en question par une politique de régionalisation des primes LAMal, d'autant plus que des études montrent que les différences de coûts entre régions s'atténuent au fil du temps.

Enfin, dès le 1^{er} janvier 2019 dans le Canton de Vaud, les primes moyennes cantonales seront incluses dans le calcul des subsides aux primes d'assurance-maladie partiels. Ainsi, le passage à une région uniforme de primes simplifiera considérablement le traitement des subsides, avec une économie substantielle des coûts administratifs à la clef. Cependant, il est important que cette transition se fasse progressivement, afin d'adoucir la hausse inévitable des primes dans la région 2 en l'étalant dans le temps.

3. Dispositions transitoires pour l'année 2018

Comme mentionné précédemment, la volonté du Conseil d'Etat du Canton de Vaud est que le passage à une région uniforme de primes entre progressivement en vigueur, dès le 1^{er} janvier 2019, en même temps que les modifications liées à la RIE III vaudoise.

En 2018, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud demande que l'ordonnance du DFI du 25 novembre 2015 sur les régions de primes continue de s'appliquer dans sa teneur actuellement en vigueur.

Si la nouvelle définition des régions de primes telle que proposée par le DFI dans le cadre de la présente consultation était appliquée dans le Canton de Vaud, une partie non négligeable des assurés changeraient de région de primes le 1^{er} janvier 2018 sans pour autant modifier leur lieu de domicile. Ainsi, par exemple, les assurés de la Commune de Pully, commune aisée attenante à Lausanne, passeraient de la région de primes 1 à la région de primes B, pour ensuite rejoindre la région uniforme cantonale à partir du 1^{er} janvier 2020. Quant aux assurés de la Commune de Château d'Oex, ils passeraient de la région de primes 2 à la région de primes A au 1^{er} janvier 2018, avant d'intégrer la région uniforme cantonale au 1^{er} janvier 2020.

Vous conviendrez que des modifications aussi importantes dans la délimitation des régions de primes, qui de plus seraient en vigueur pendant deux ans seulement, engendreraient un surcoût administratif et susciteraient une incompréhension totale de la part des assurés.

Pour cette raison, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud demande le maintien de la teneur actuelle de l'ordonnance du 25 novembre 2015 jusqu'au 31 décembre 2018. Cette mesure s'impose d'elle-même comme seule solution pragmatique et cohérente.

En 2019, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud demande que l'ordonnance du DFI du 25 novembre 2015 sur les régions de primes continue de s'appliquer avec une modification de l'Annexe 2, dans ce sens que l'écart maximal entre les régions de primes dans le Canton de Vaud est fixée à 3%.

En 2020, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud demande que les Annexe 1 et 2 du projet d'ordonnance sur les régions de primes mis en consultation soient modifiés dans le sens ci-après afin de tenir compte du passage du Canton de Vaud à une région unique de primes.

- **Annexe 1 Régions de primes**
 - A. **Cantons à région unique de primes**
Ajout du Canton de Vaud : [...] Thurgovie, Uri, **Vaud** et Zoug.
 - B. **Cantons à deux régions de primes**
Suppression du Canton de Vaud de la liste.

- **Annexe 2 Différences maximales entre les primes de l'assurance ordinaire, avec couverture des accidents, selon les régions**
 - A. Cantons à deux régions de primes**
Suppression du Canton de Vaud de la liste.

En conclusion, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud n'est pas favorable au projet d'ordonnance du 25 novembre 2015 sur les régions de primes mis en consultation, sauf si les modifications demandées ci-avant sont entièrement prises en considération.

En vous remerciant de l'accueil positif que vous réserverez aux observations du Conseil d'Etat du Canton de Vaud, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

Handwritten signature of Pierre-Yves Maillard in black ink.

Pierre-Yves Maillard

LE CHANCELIER

Handwritten signature of Vincent Grandjean in black ink.

Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- SASH



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

EINGEGANGEN

21. Nov. 2016

Registratur GS EDI



2016.03875

AmtL	GP	WAV	QeG	VS	R	DM
DS	Bundesamt für Gesundheit					NPP
AP	21. Nov. 2016					MT
SpD						BioM
KOM						AS Chém
Kamp						LMS
Int						St
RM						15 Chém
P+O						I+S

Département fédéral de l'Intérieur (DFI)
M. Alain BERSET
Conseiller fédéral
3003 Berne

Date 16 NOV. 2016

Modification de l'Ordonnance du DFI du 25 novembre 2015 sur les régions de primes - Réponse à la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

En réponse à votre invitation du 28 septembre 2016 concernant l'objet cité en référence, nous vous faisons part de la position du Gouvernement valaisan.

Par cette modification de l'Ordonnance du DFI sur les régions de primes, la définition de la région se fait au niveau des coûts par districts et non plus par communes.

Pour le canton du Valais, les régions seront composées de la manière suivante :

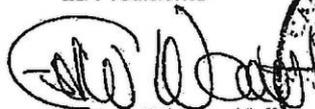
- Région 1 (la plus chère) : Districts de Sierre, Sion, Monthey, Martigny, St-Maurice et Conthey
- Région 2 (la moins chère) : Districts d'Hérens, Brig, Leuk, Visp, Goms, Entremont et Raron.

En se tenant au principe de la LAMal qui veut que les primes doivent couvrir les coûts, nous soutenons votre projet de modification de l'Ordonnance au 1^{er} janvier 2018. Toutefois, les personnes qui résident dans les communes des Agettes et de Mollens verront leur région de prime déjà adaptée au 1^{er} janvier 2017 en raison de fusions communales.

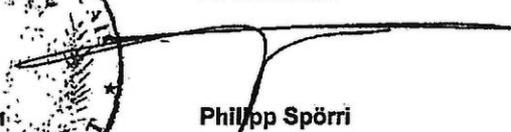
En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

La Présidente


Esther Waeber-Kalbermatten

Le Chancelier


Philipp Spörri



Gesundheitsdirektion, Postfach 455, 6301 Zug

per E-Mail (PDF und Word)

Eidgenössisches Departement

des Innern EDI

aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch

T direkt 041 728 35 01
martin.pfister.rr@zg.ch
Zug, 30. September 2016 MP
G 52240

**Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015 über die Prämienregionen:
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 26. September 2016 haben Sie uns eingeladen, bis zum 13. Januar 2017 zur oben genannten Verordnungsänderung Stellung zu nehmen. Besten Dank für Ihre Anfrage. Gerne äussern wir uns wie folgt:

Wir sind mit der Zuordnung des Kantons Zug zu den Kantonen mit nur einer Prämienregion **einverstanden**, zumal bei unserem Kanton eine Differenzierung angesichts der relativ kleinen Einwohnerzahl und der stark verzahnten Versorgungsstrukturen nicht gerechtfertigt wäre.

Zu den übrigen Regelungen nehmen wir mangels Betroffenheit keine Stellung.

Die zuständige Kontaktperson ist Christof Gügler (Tel. 041 728 38 94, christof.guegler@zg.ch).

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Gesundheitsdirektion



Martin Pfister
Regierungsrat

Kopie an:

- dm@bag.admin.ch



Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern

11. Januar 2017 (RRB Nr. 24/2017)

**Änderung der Verordnung des EDI vom 25. November 2015
über die Prämienregionen (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 26. September 2016 haben Sie uns eingeladen, zur geplanten Änderung der Verordnung des Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) vom 25. November 2015 über die Prämienregionen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Die Einteilung der Prämienregionen bestimmt wesentlich mit, welche Bevölkerungsteile die Kosten der obligatorischen Krankenversicherung solidarisch tragen. Vor diesem Hintergrund ist es dem Kanton Zürich ein grosses Anliegen, dass die Prämienregionen regelmässig überprüft und gestützt auf objektive Kriterien sachgerecht festgelegt werden. Eine Neuordnung auf der Grundlage von aktuellen Kostendaten begrüssen wir ausdrücklich.

Die Auswertungen der Kostendaten durch das EDI zeigen die deutlichen Kostenunterschiede zwischen den verschiedenen Regionen im Kanton Zürich. Deshalb begrüssen wir grundsätzlich, vorläufig an drei Prämienregionen festzuhalten.

Ihren uns unterbreiteten Vorschlag zur Neuordnung der Prämienregionen lehnen wir jedoch mit der folgenden Begründung ab: Bis anhin war die kleinste Einheit zur Bildung der Prämienregionen die Gemeinde. Neu soll es der Bezirk sein. Diese neue Grundannahme erscheint uns nicht sachgerecht, da die Bezirke im Zürcher Gesundheitswesen weder für die Versorgung noch die Finanzierung massgeblich sind und auch bezüglich Mobilität keine funktionalen Räume bilden. Zudem vermuten wir innerhalb einzelner Bezirke stark unterschiedliches Gesundheitsverhalten und stark unterschiedliche Kosten, können dies jedoch aufgrund fehlender, aktueller Kostendaten pro Gemeinde nicht belegen. Deshalb beantragen wir, die Einteilung auf Bezirksebene zu hinterfragen und alternative Einteilungen zu prüfen, die das Sozial- und Gesundheitsverhalten und insbesondere die Mobilität besser abbilden. Eine sachgerechte Variante wäre für uns weiterhin eine Einteilung mit den Gemeinden als kleinste Einheit. Um die Robustheit dennoch zu gewährleisten, könnten für die Bestimmung

der Prämienregionen mehrere Datenjahre einbezogen werden und mittels statistischer Verfahren nicht gerechtfertigte Kostenunterschiede zwischen Gemeinden korrigiert werden. Diese Haltung ist im Kanton Zürich breit abgestützt: Im Rahmen der Untervernehmlassung zur geplanten Verordnungsänderung haben sich sowohl der Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich als auch die politischen Parteien im Kanton Zürich ohne Ausnahme gegen eine Einteilung der Prämienregionen auf Bezirksebene ausgesprochen. Dies verdeutlicht die fehlende Bedeutung der Bezirke im Zürcher Gesundheitswesen. Falls Sie an den Bezirken als kleinste Einheit dennoch festhalten würden, wäre zumindest eine Unterteilung gewisser Bezirke in unterschiedliche Prämienregionen sachgerecht (insbesondere der Bezirke Bülach, Dielsdorf und Meilen).

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:



Der Staatsschreiber: